



Grundstücksbesitzer zahlen alleine

15 Millionen Euro für Abwasserprojekt – Finanzierung zu 100 Prozent über Beiträge

Von Sebastian Schmitt

Wildflecken Wildflecken steht vor einer der größten Infrastrukturmaßnahmen seiner Geschichte. Die bestehenden Kläranlagen in Wildflecken und Oberbach sollen durch eine gemeinsame neue Kläranlage in Oberbach ersetzt werden. Hinzu kommen ein neues Pumpwerk am bisherigen Kläranlagenstandort Wildflecken, eine Druckleitung nach Oberbach, ein neues Regenüberlaufbecken in der Dorfwiese sowie umfangreiche Kanalmaßnahmen in Wildflecken, Oberwildflecken und Oberbach. Der gesamte Finanzierungsrahmen liegt bei rund 15 Millionen Euro.

Im Marktgemeinderat ging es bei der jüngsten Sitzung deshalb um eine zentrale Frage: Wie soll dieser enorme finanzielle Aufwand auf die Bürger verteilt werden? Zur Debatte standen eine vollständige Finanzierung über Verbesserungsbeiträge, aber auch Mischmodelle, bei denen ein Teil der Kosten über die laufenden Abwassergebühren getragen wird.

Am Ende setzte sich der Antrag des Zweiten Bürgermeisters Herbert Nowak durch: Der verbleibende beitragsfähige Verbesserungsaufwand soll zu 100 Prozent über Verbesserungsbeiträge finanziert werden. Damit folgt der Marktgemeinderat dem von Bürgermeister Daniel Kleinheinz empfohlenen Finanzierungsweg.

Frage der Gerechtigkeit

In der Diskussion wurde deutlich, dass die Entscheidung keineswegs nur eine finanztechnische Frage war. Mehrere Gemeinderäte stellten die Frage, ob es gerecht sei, die gesamte finanzielle Belastung unmittelbar den Grundstückseigentümern aufzuerlegen. Gemeinderätin Vanessa Dorn sprach sich dafür aus, zumindest einen Teil der Kosten über Gebühren zu erheben. So würden nicht nur die Grundstückseigentümer belastet, sondern auch die Mieter. Ähnlich argumentierte Dritter Bürgermeister Holger Trump. Mehr nach dem Verursacherprinzip vorzugehen bringe eine größere Gerechtigkeit. Trump stellte zudem die zeitliche Dimension der Finanzierung infrage.

Unverhältnismäßig schnell

Eine Investition, die innerhalb von fünf Jahren finanziert werden solle, gleichzeitig aber voraussichtlich über mindestens 40 Jahre Bestand haben werde, halte er für unverhältnismäßig schnell finanziert. Aus seiner Sicht spreche dieser lange Nutzungszeitraum dafür, die Finanzierung zumindest teilweise ebenfalls über einen längeren Zeitraum und damit über Gebühren zu verteilen.

Eine ganz andere Position vertrat der Zweite Bürgermeister Herbert Nowak. Er stellte die langfristige finanzielle Handlungsfähigkeit des Marktes in den Mittelpunkt. Die Gemeinde müsse sich finanzielle Spielräume erhalten, um auch künftig handlungsfähig zu bleiben. Gleichzeitig vertrat Nowak die Auffassung, dass „der auf die Grundstückseigentümer zukommende Betrag grundsätzlich leistbar“ sei. „Eigentum verpflichtet“, sagte Nowak, der keine echte Alternative zu den Verbesserungsbeiträgen durch die Grundstückseigentümer sah. Die Grundstückseigentümer seien rechtzeitig über die geplante Maßnahme und die zu erwartenden Belastungen informiert worden und hätten deshalb bereits seit geraumer Zeit die Möglichkeit gehabt, entsprechende Rücklagen zu bilden. Nowak sprach sich deshalb klar für eine 100-prozentige Finanzierung über Verbesserungsbeiträge aus.

Mischfinanzierung scheitert

Für eine Mischfinanzierung sprach sich Marco Schleicher aus. Sein konkreter Vorschlag sah vor, 80 Prozent des beitragsfähigen Aufwands über Verbesserungsbeiträge und 20 Prozent langfristig über Gebühren zu finanzieren. Er machte daraus einen konkreten Antrag, der jedoch mehrheitlich abgelehnt wurde.

Einen weiteren Kompromiss brachte Gemeinderat Christoph Schmitt ins Spiel. Sein Antrag sah vor, 90 Prozent über Verbesserungsbeiträge und zehn Prozent über Gebühren zu finanzieren. Doch auch dieser Kompromissvorschlag fand im Gremium keine Mehrheit – wenn auch denkbar knapp.

Damit standen sich letztlich zwei ganz grundsätzliche Vorstellungen gegenüber: Schließlich nahm der Marktgemeinderat den Antrag von Nowak mehrheitlich an. Damit ist die grundsätzliche Finanzierungsfrage endgültig entschieden. Wichtig ist dabei die genaue Größenordnung. Die rund 15 Millionen Euro werden nicht vollständig über Verbesserungsbeiträge finanziert, es handelt sich nach allen Abzügen um 10.489.294 Euro.

Die vorläufig kalkulierten Verbesserungsbeiträge liegen bei 0,87 Euro je Quadratmeter Grundstücksfläche und 13,09 Euro je Quadratmeter Geschossfläche. Die endgültigen Beitragssätze werden erst nach Abschluss der Maßnahme auf Grundlage des tatsächlich feststehenden Aufwands ermittelt.